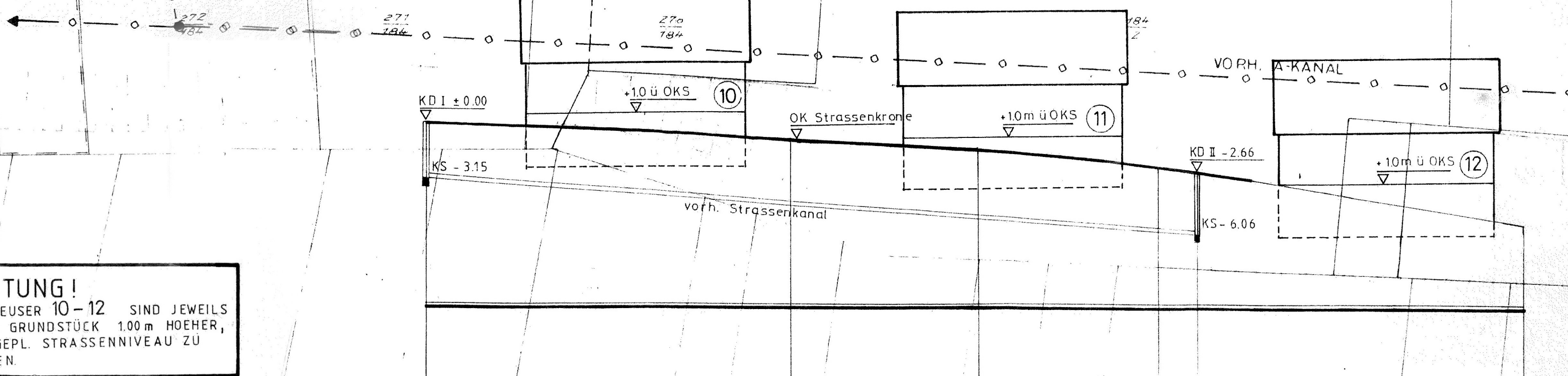


12

BEST. HOCHGRUE N FLAECHE





# BEBAUUNGSPLAN (SATZUNG)

## ENKELTRIESCHEN

Benennung des Bebauungsplanes

## SCHMELZ, ORTSTEIL SCHMELZ

der Gemeinde

Die Aufstellung des Bebauungsplanes im Sinne des § 30 Bundesbaugesetz (BBauG), vom 18. August 1976 (Bundesgesetzblatt I S. 2256), zuletzt geändert durch das Gesetz, zur Beschleunigung von Verfahren und zur Erleichterung von Investitionsvorhaben, im Städtebaurecht vom 6. Juli 1979 (Bundesgesetzblatt I S. 949), gemäß § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes, 1979 (Bundesgesetzblatt I S. 949), gemäß § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes, wurde in der Sitzung des Gemeinderates SCHMELZ am 5.5.1981 beschlossen.

Die ortsübliche Bekanntmachung über den Beschluß des Gemeinderates, zur Aufstellung des Bebauungsplanes, gemäß § 2 Abs. 1 BBauG, erfolgte am ..... Die Beteiligung der Bürger an der Bauleitplanung gemäß § 2a Abs. 2 BBauG erfolgte am ..... (Bürgeranhörung) bzw. wurde in der Zeit vom ..... bis ..... durchgeführt. Die Ausarbeitung des Bebauungsplanes erfolgte auf Antrag der Gemeinde SCHMELZ durch die Kreisplanungsstelle Saarlouis.

### FESTSETZUNGEN GEMÄSS § 9 Abs. 1 und 7 DES BUNDESBAUGESETZES

1. Geltungsbereich des Bebauungsplanes

siehe Zeichnung

2. Art der baulichen Nutzung

Allgemeines Wohngebiet im Sinne des § 4 der BauNVO

2.1 Baugebiet

Es gilt die Bau NVO vom 15.9.1977 (BGBl. S. 1757)

2.1.1. zulässige Anlagen

siehe § 4 Abs. 2 der BauNVO

2.1.2. ausnahmsweise zulässige Anlagen

nur Kleintierställe

3. Maß der baulichen Nutzung

3.1 Zahl der Vollgeschosse

siehe Zeichnung

3.2 Grundflächenzahl

siehe Zeichnung

3.3 Geschossflächenzahl

siehe Zeichnung

3.4 Baumassenzahl

entfällt

3.5 Grundflächen der baulichen Anlagen

entfällt

4. Bauweise

offene

5. überbaubare Grundstücksflächen

siehe Zeichnung

6. nicht überbaubare Grundstücksflächen

siehe Zeichnung

7. Stellung der baulichen Anlagen

siehe Zeichnung

8. Mindestgröße der Baugrundstücke

L = 530 m

9. Mindestbreite der Baugrundstücke

B = 20 m

10. Mindesttiefe der Baugrundstücke

T = 27 m

11. Flächen für Nebenanlagen, die aufgrund anderer

Pergolen, Terrassen und Geräteräume sind auf dem

ck selbst ist ein Kinderspiel-

zw. innerhalb der überbaubaren

Grundstücken:

11.3 Flächen für nicht überdachte Stellplätze sowie ihrer Einfahrten auf die Baugrundstücke

entfällt

12. Höhenlage der baulichen Anlagen (Maß von OK, Straßenkante, Mitte Haus bis OK, Erdgeschossfußboden).

siehe Zeichnung - Straßen-Querschnitt

13. Flächen für den Gemeinbedarf.

entfällt

14. Überwiegend für die Bebauung mit Familienheimen vorgesehene Flächen.

gesamter Geltungsbereich; Wohngebäude dürfen nur zwei Wohnungen haben

15. Flächen, auf denen ganz oder teilweise, nur Wohngebäude, die mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus gefördert werden konnten, errichtet werden.

entfällt

16. Flächen, auf denen ganz oder teilweise nur Wohngebäude errichtet werden dürfen, die für Personengruppen mit besonderem Wohnbedarf bestimmt sind.

entfällt

17. den besonderen Nutzungszweck von Flächen, der durch besondere städtebauliche Gründe erforderlich wird.

entfällt

18. Flächen, die von der Bebauung freizuhalten sind, und ihre Nutzung

entfällt

19. Verkehrsflächen sowie Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung, wie Fußgängerbereiche, Flächen für das Parken von Fahrzeugen, sowie den Anschluß anderer Flächen an die Verkehrsflächen.

siehe Zeichnung

20. Höhenlage der anbaufähigen Verkehrsflächen sowie der Anschluß der Grundstücke an die Verkehrsflächen.

nach besonderem Straßenprojekt

21. Versorgungsflächen

siehe Zeichnung - Trafostation

22. Führung von Versorgungsanlagen und -leitungen.

siehe Zeichnung

23. Flächen für die Verwertung oder Beseitigung von Abwasser und festen Abfallstoffen, sowie für Ablagerungen.

entfällt

24. öffentliche und private Grünflächen, wie Parkanlagen, Dauerkleingärten, Sport-, Spiel-, Zeit- und Badeplätze, Friedhöfe.

entfällt

25. Wasserflächen sowie die Flächen für die Wasserwirtschaft, für Hochwasserschutzanlagen und für die Regelung des Wasserabflusses, soweit diese Festsetzungen nicht nach anderen Vorschriften getroffen werden können.

entfällt

26. Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Steinen, Erden und anderen Bodenschätzen.

entfällt

27. Flächen für die Landwirtschaft und die Forstwirtschaft.

entfällt

28. Flächen für die Errichtung von Anlagen für die Kleintierhaltung, wie Ausstellungs- und Zuchtanlagen, Zwinger, Koppeln und dergleichen.

entfällt

29. Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung der Landschaft, soweit solche Festsetzungen nicht nach anderen Vorschriften getroffen werden können.

die nicht überbaubaren Grundstücksflächen sind mit standortgerechten und zweckentsprechenden Bäumen anzupflanzen

30. Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Allgemeinheit eines Erschließungsträgers oder eines beschränkten Personenkreises zu belastenden Flächen.

siehe Zeichnung, Leitungsrecht für VSE Erdkabel

31. Flächen für Gemeinschaftsanlagen für bestimmte räumliche Bereiche wie Kinderspielplätze, Freizeiteinrichtungen, Stellplätze und Garagen.

entfällt

32. Gebiete, in denen bestimmte, die Luft erheblich verunreinigende Stoffe nicht verwendet werden dürfen.

entfällt

33. Die von der Bebauung freizuhaltenen Schutzflächen und ihre Nutzung, die Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen, zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes, sowie die zum Schutz vor solcher Einwirkungen oder zur Vermeidung oder Minderung solcher Einwirkungen zu treffenden Vorkehrungen.

entfällt

34. Für einzelne Flächen oder für ein Bebauungsplangebiet oder Teile davon mit Ausnahme der für land- oder forstwirtschaftliche Nutzungen festgesetzten Flächen.

entfällt

a) das Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern.

der Vorgarten ist mit standortgerechten und zweckentsprechenden Bäumen anzupflanzen

b) Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gewässern.

siehe Zeichnung - für die Anlage des neuen Feldweges

35. Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen und Stützmauern, soweit sie zur Herstellung des Straßenkörpers erforderlich sind.

### AUFNAHME VON

FESTSETZUNGEN ÜBER DIE ÄUSSERE GESTALTUNG DER BAULICHEN ANLAGEN AUF GRUND DES § 9 ABS. 4. DES BUNDESBAUGESETZES ZULETZT GEÄNDERT DURCH DAS GESETZ ZUR BESCHLEUNIGUNG VON VERFAHREN UND ZUR ERLEICHTERUNG VON INVESTITIONSVORHABEN IM STÄDTEBAURECHT VOM 6. JULI 1979 (BUNDESGESETZBLATT I. S. 949) SOWIE IN VERBINDUNG MIT § 113 ABS. 6 DER LANDESBAUORDNUNG - LBO - VOM 27. DEZEMBER 1974 (AMTSBLATT 1975 S. 85)



AUFNAHME VON  
FESTSETZUNGEN ÜBER DEN SCHUTZ UND DIE ERHALTUNG VON BAU- UND NATURDENKMÄLERN AUF  
GRUND DES § 9 ABS. 4 DES BUNDESBAUGESETZES ZULETZT GEÄNDERT DURCH DAS GESETZ ZUR  
BESCHLEUNIGUNG VON VERFAHREN UND ZUR ERLEICHTERUNG VON INVESTITIONSVORHABEN IM  
STADTEBAURECHT VOM 6. JULI 1979 (BUNDESGESETZBLATT I S. 949) SOWIE IN VERBINDUNG MIT § 113  
ABS. 2 DER LANDESBBAUORDNUNG - LBO - VOM 27. DEZEMBER 1974 (AMTSBLATT 1975 S. 85)

- erfüllt -

### KENNZEICHNUNG VON FLÄCHEN GEMÄSS § 9 Abs. 5 BBauG

1. Flächen, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen gegen äußere Einwirkungen erforderlich sind.
2. Flächen, bei denen besondere bauliche Sicherungsmaßnahmen gegen Naturgewalt erforderlich sind.
3. Flächen, unter denen der Bergbau umgeht oder die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind.

- erfüllt -

- erfüllt -

- erfüllt -

NACHRICHTLICHE ÜBERNAHME VON FESTSETZUNGEN GEMÄSS § 9 ABS. 6 BBauG, ZULETZT GEÄNDERT DURCH DAS GESETZ ZUR BESCHLEUNIGUNG VON VERFAHREN UND ERLEICHTERUNG VON INVESTITIONSVORHABEN IM STADTEBAURECHT VOM 6. JULI 1979 (BUNDESGESETZBLATT I S. 949.)

1. Gemäß Schreiben des Oberbergamtes vom 03.08.1982 ist bei Ausschachtungsarbeiten auf etwaigen früheren Bergbau zu achten.
2. Mit Schreiben vom 26.08.1982 hat die Oberpostdirektion, Saarbrücken, mitgeteilt, daß in dem Planungsgebiet unterirdische Fernmeldeanlagen vorhanden sind. Bei aufkommenden Tiefbauarbeiten ist der Fernmeldebaubezirk Lebach rechtzeitig zu verständigen.
3. Das LfU hat mit Schreiben vom 15.09.1982 gefordert, daß bei vorhandenem Grundwasser Drainageleitungen nicht an die Schmutzwasserleitungen angeschlossen werden dürfen.

### PLANZEICHEN

GEMÄSS DER PLANZEICHENVERORDNUNG 1981  
(PLANZ V 81) VOM 30. JULI 1981

Dieser Bebauungsplanentwurf hat mit der Begründung gemäß § 2a Abs. 6 BBauG für die Dauer eines Monats in der Zeit vom ..... bis einschl. .... zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegt. Ort und Dauer der Auslegung wurden am ..... mit dem Hinweis ortsüblich bekanntgemacht, daß Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist vor- gebracht werden können.

SCHMELZ, den .....

Bürgermeister

Der Gemeinderat ..... Schmelz hat am ..... den Bebauungsplan gemäß § 10 BBauG als Satzung .....

BESCHLOSSEN

SCHMELZ, den .....

Bürgermeister

Dieser Bebauungsplan wird gemäß § 11 BBauG .....

GENEHMIGT

Saarbrücken, den 21. Mai 1985

Der Minister für Umwelt, Raumordnung und Bauwesen  
SAARLAND  
DER MINISTER  
FÜR UMWELT, RAUMORDNUNG I. A.  
UND BAUWESEN

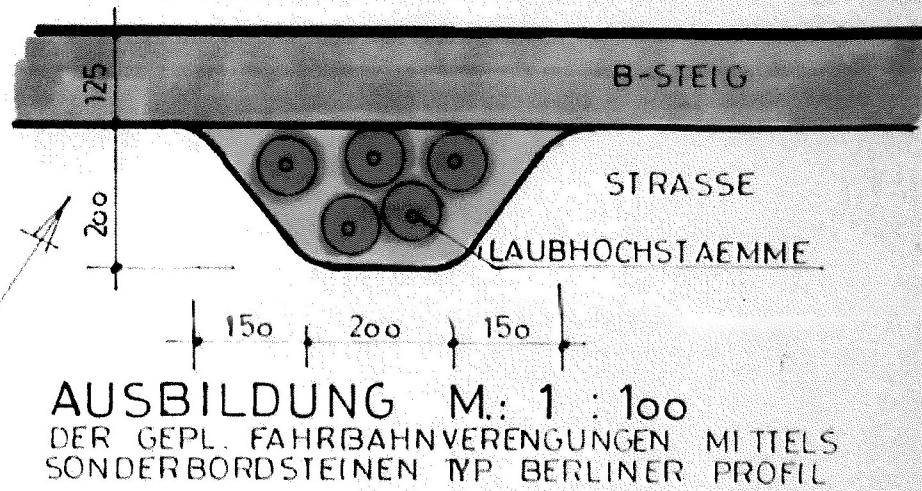
Az.: D/6-5415/85 Co/Bc gez.: i. A. Würker

Die Genehmigungsverfügung des Herrn Minister für Umwelt, Raumordnung und Bauwesen vom ..... ist am ..... gemäß § 12 BBauG ortsüblich bekanntgemacht worden; mit dem Hinweis auf Ort und Zeit der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes und der Begründung. Mit dieser Bekanntmachung wurde der Bebauungsplan .....

RECHTSVERBINDLICH

SCHMELZ, den .....

Bürgermeister



SCHMELZ OT SCHMELZ  
BEBAUUNGSPLAN  
DENKMALE UND DENKMÄLERN

1 : 500 S - E - 001

DEW. 02.06.83

GEÄND. 19.07.1983 DEW  
GEÄNDERT 8.11.1984 JU

AUSBAU DER  
FAHRBAHN UND BUE-  
GERSTEGE MIT BETON-  
PFLASTER IN 4 GRUND-  
FARBEN